

## **Beschluss des SPD Unterbezirksparteitages**

### **Resolution**

#### **Industrie in Düsseldorf erhalten – Vallourec-Beschäftigte absichern – zukunftsfähige Industriearbeitsplätze schaffen**

Der Arbeitskampf um Vallourec in Rath ist beendet. Mit Bestürzung musste auch die SPD Düsseldorf akzeptieren: Die 123 Jahre alte Geschichte des Röhrenwerks wird schon 2023 enden. Die von Finanzinvestoren dominierte Pariser Unternehmenszentrale hat sich von Arbeitskräften und Erfindergeist in Europa abgewandt und will aus reinem Profitstreben weiterhin mit schädlicher fossiler Energie auch unter autokratischen Regimes, wie Bolsonaro in Brasilien, produzieren. Es ist der Verdienst der Kolleg:innen der IG Metall, dass sie den Beschäftigten trotz des Widerstands von Vallourec die Perspektive zumindest auf einen achtbaren Sozialtarifvertrag und finanzielle Absicherung eröffnet haben.

Was nun erst beginnt ist die Diskussion über die Nutzung der freiwerdenden Industriefläche in Düsseldorf. Der Verkaufsprozess ist intransparent, die zweckoptimistische Einschätzung des CDU-Oberbürgermeisters Keller, es gebe Interessenten „an der Stelle genug, die hier etwas Gescheites mit dem Grundstück machen wollen“, für die Düsseldorfer Öffentlichkeit nicht belegbar.

Dabei hat die SPD Düsseldorf das Risiko schon früh erkannt und gefordert: Keinesfalls darf die Fläche durch Bodenspekulation oder Luxuswohnungsbau der Stadtgesellschaft entzogen und auf Kosten der Industriearbeitsplätze vergoldet werden! Im Gegenteil sollen hier wieder neue Arbeitsplätze entstehen: Gut bezahlt, gut gesichert, mit Tarif und Perspektive! Hierzu haben wir auf kommunaler Ebene bereits gewirkt: Die Stadtratsfraktionen bekennen sich parteiübergreifend zum Erhalt des Kernzonenkonzeptes im Masterplan Industrie. Hier werden wir nicht nachlassen und den Druck auf das schwarz-grüne Ratsbündnis um OB Keller aufrechterhalten.

Doch auch auf Landesebene muss die schwarz-grüne Regierung ihrer Verantwortung gerecht werden: Auf Anfrage der SPD-Landtagsfraktion wurde neulich bekannt, dass bislang nur die Vallourec-Fläche des ebenfalls geschlossenen Werks in Mülheim an der Ruhr für eine geförderte Entwicklung durch das Regionale Wirtschaftsförderungsprogramm infrage komme.

Warum nicht auch Düsseldorf? Hat man doch nur den Verkauf im Kopf? Und wie wollen der CDU-Ministerpräsident Wüst und Grünen-Wirtschaftsministerin Neubaur die industrielle Zukunftsfähigkeit des Geländes in Düsseldorf-Rath mit der Kommune gewährleisten? Folgenlose Gesprächstermine mit „allen relevanten Akteuren“ sind reine Lippenbekenntnisse und reichen uns nicht! Nachhaltige und zukunftsfähige Industriepolitik mit guten Arbeitsplätzen auch für die kommenden Generationen der jetzigen Industriearbeiter entsteht nicht alleine aus Absichtserklärungen. Der Industriestandort Düsseldorf muss entwickelt werden, um für Industrieunternehmen attraktiv zu sein.

Nicht nur für das Gelände und die Stadtentwicklung brauchen wir endlich politische Initiativen in Düsseldorf: Gegen ihren Willen müssen sich mehr als tausend Mitarbeite:innen von Vallourec damit zurechtfinden, dass ihr sicherer, gut bezahlter Arbeitsplatz entfällt. Es ist nun die gemeinsame Verantwortung des Stahlkonzerns, der Wirtschaft und der Politik, diesen Menschen eine berufliche Zukunft in Düsseldorf zu ermöglichen. Hierfür müssen individuelle, passende Angebote erarbeitet werden: Sei es die Weitervermittlung in solide Jobs, gezielte Qualifikation oder abgesicherter Übergang in den Ruhestand. Die Schaffung einer Transfergesellschaft könnte hierfür ein brauchbarer Ansatz sein. Aber ohne eine ausreichende Finanzierung und professionelle Realisierung bleibt sie eine wirtschaftspolitische Luftnummer!